

VOLKSSTIMME

Einzelpreis 60.00 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Emden, Magdeburg. — Druck und Verlag von R. Pann-Luch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Nr. 1111. Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961, Postfach-Nr. 2, Nachtrag, Seite 110.

Verlagspreis: Monatlich 1400.00 M., beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 1350.00 M., Anzeigengebühr: die 10gehaltene Nonpareilzeile 180.00 M., auswärts 220.00 M., im Retraumzeit 600.00 M., auswärts 750.00 M., Vereinstafel der Zeile 160.00 M., Anzeigengebühr geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt, Postkonten-Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 31.

Magdeburg, Mittwoch den 7. Februar 1923.

34. Jahrgang.

Die Internationale fordert!

Die französischen Sozialisten halten seit Sonntag in Lille, das vier Jahre lang von den deutschen Truppen besetzt gewesen ist, ihren Parteitag ab. Im Namen der deutschen Sozialdemokratie nimmt Genosse Hilferding an der Tagung teil.

Am Sonntag hielt er neben andern Ausländern, wie wir schon kurz berichtet haben, seine Begrüßungsrede. Sie fand stürmischen Beifall.

Hilferding führte aus, die deutschen Sozialdemokraten hätten immer verlangt, daß die deutsche Großindustrie die notwendigen Garantien gebe, um eine militärische Okkupation zu vermeiden. Im Ruhrgebiet wie im Orient handle es sich um die Frage des festen und flüssigen Brennstoffs, Kohlen im Ruhrrevier, Petroleum in Mosul. „Wir erkennen die wirtschaftliche Bedeutung dieses Problems, aber man sollte den Brennstoff in die Oefen tun, um zu produzieren und ihn nicht benutzen, um die Welt aufs neue in Brand zu stecken.“

Wir deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhält, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden. Die deutsche Sozialdemokratische Partei habe alle Anstrengungen in dieser Richtung gemacht, aber es sei ein sonderbares Phänomen: jedesmal, wenn die deutsche Sozialdemokratie innerhalb Deutschlands einen Feldzug in diesem Sinne unternommen habe, dann ereigne sich wie durch Zufall regelmäßig im Ausland irgend etwas, was die Anstrengungen der deutschen Sozialdemokratie zunichte mache. Trotzdem ist eine Lösung noch möglich. Wenn wir jedoch bei den Franzosen den Wunsch verspüren, Deutschland von den Gebieten zu trennen, die ihm gehören, dann antworten wir: Nein, nein und dreimal nein.

Hilferding schloß mit der Aufforderung, man solle keine Ähren für die Möglichkeit von Verhandlungen verschließen. Die ganze Hoffnung der deutschen Sozialdemokratie vereinige sich auf die Möglichkeit einer Intervention. Wir rechnen auf die französischen Sozialisten insbesondere und auf die Sozialisten der übrigen Länder im allgemeinen, um diese Intervention herbeizuführen.

Der Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei antwortete und sagte: Wir wollen zu einer französisch-deutschen Entente gelangen, die nach unserer Meinung das einzige Mittel darstellt, durch welches der Frieden der Welt wiederhergestellt werden kann. Auch der englische Delegierte schloß sich diesem Standpunkt an.

Ferner wurde ein Telegramm der französischen Kommunistischen Partei verlesen, in dem ein gemeinsames Vorgehen gegen die Ruhrbesetzung und die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges vorge schlagen wird.

Am Schluß der Vormittagssitzung des Montag kam es dann zu einer internationalen Rundgebung in der Form eines an den Völkerbund und an die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten gerichteten Ersuchens um Intervention in der Reparationsfrage, das den französischen und den ausländischen Delegierten von dem französischen Vertreter Vincent Aurioi zur Unterzeichnung vorgelegt wurde.

Zu seiner Begründung erklärte Aurioi, daß es trotz des Verjagens des Völkerbundes von Wichtigkeit sei, ihn vor seine Verantwortung zu stellen. Das von dem Antragsteller eingebrachte Dokument stellt fest, daß die Unterzeichner die sozialistischen Parteien der an der Reparationsfrage interessierten Länder Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Italien vertreten. Die Lösung der Reparationsfrage wird als das Hauptelement und die wesentliche Vorbedingung einer Erneuerung des wahren Friedens bezeichnet. Diese Lösung sei nur möglich durch Maßnahmen internationaler Art.

Die Entschließung faßt, ins einzelne gehend, die Vorschläge der sozialistischen Parteien zur Reparationsfrage und zur Wiederaufbaufrage, wie sie im März 1921 in Amsterdam, im Februar und März 1922 in Paris und Frankfurt und erst kürzlich noch auf dem Weltkongreß im Haag gemacht wurden, noch einmal zusammen. Die wesentlichen Bestandteile dieses Programms sind:

1. Endgültige Festsetzung der deutschen Schuld im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die Wiederherstellung der vernünftigen Gebiete erforderlichen Maßnahmen.
2. Streichung der internationalen Schulden.
3. Durchführung von internationalen Kreditoperati onen seitens des Völkerbundes.
4. Unmittelbarer Abschluß von Abmachungen in vorliegendem Sinne. Abmachung aller auf Grund des Versailleser Vertrags besetzten deutschen Gebiete.

Die Resolution verweist darauf, daß dieser Plan weit über den Rahmen der sozialistischen Arbeiterklasse hinaus Zustimmung gefunden habe. Die Bankiers und wirtschaftlichen Sachverständigen hätten sich überall, wo sie ernstlich eine praktische Lösung wollten, in diesem Sinn ausgesprochen und die Brüsseler Konferenz habe seinerzeit einstimmig von 39 Nationen unterzeichnete Vorschläge ähnlicher Art dem Völkerbund unterbreitet.

Der Schluß der Entschließung stellt mehr eine Auflage gegen die Regierenden und den Völkerbundsrat als ein Gesuch dar. Der Völkerbundsrat könne der Enttäuschung und den Sorgen der Völker ein Ende machen. Der Appell der sozialistischen Weltkonferenz im Haag an die Regierenden sei ohne Widerhall geblieben. Das gleiche Schicksal hätten die Exekutivausschüsse der drei gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen mit ihren zehn Millionen Arbeiter erlitten. Sie hätten keine andre Antwort erhalten als eine neue Verisäuerung der Krisis. Die gequälte Menschheit, die in den Völkerbund die Zuversicht auf einen neuen Weltfrieden setze, den Wunsch hege, der Bund möge in diesen tragischen Zeiten andre als Fragen zweiten Ranges der Lösung zuführen, könne sich die Zurückhaltung und das Stillschweigen des Völkerbundsrates nicht erklären.

Die Regierungen hätten in dem Konflikt, von dem der Weltfrieden abhängt, nichts unternommen, auch aus eigener Initiative habe sich der Rat mit der Angelegenheit nicht befaßt. Im Namen der Arbeiter der unterzeichneten Länder werde ihm deshalb öffentlich die Frage vorgelegt, wenn er einzugreifen beabsichtige. Möchten die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten in dieser Debatte, in der es sich um Existenzfragen Europas handelt, ihre Bemühungen mit denen des Sozialismus vereinigen. Der Völkerbund habe sich selbst und der Menschheit gegenüber die Pflicht, einzugreifen, und Deutschland die Rechte eines den assoziierten Ländern gleichgestellten Verhandlungsgegners zu verschaffen. Der Völkerbund stehe vor einer einzigartigen Gelegenheit, sich selbst als eine positive Macht zu erweisen.

Unterzeichnet haben für die französische Partei der Generalsekretär Paul Faure und der Abgeordnete Blum, für die Belgier Vandenbroeke, van Noosbroeck, für die Deutschen Hilferding, für die Italiener Matteotti, für die Engländer Wallhead und Roberts.

Außerdem rühren sich die Holländer. Für den 7. Februar haben die Sozialistische Partei und der Niederländische Gewerkschaftsbund in zahlreichen holländischen Städten Einspruchsversammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets einberufen. In Amsterdam werden sprechen: der Führer der Kammerfraktion der Sozialdemokratie, der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes und Genosse Breitheid.

Ferner wurde auf der Generalversammlung der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei Londons und der südlichen Grafschaften eine Entschließung angenommen, die gegen die Besetzung des Ruhrgebiets Einspruch erhebt. Ein Antrag, der die Zurückziehung der britischen Truppen aus Deutschland, Ägypten und dem Irak fordert, wurde abgelehnt.

Schließlich erklärt das Zentralbureau der Gewerkschaften Schwedens in einer Resolution, der infolge der Ruhrbesetzung drohende Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland werde unausbleiblich eine verheerende Wirkung auf die Nachbarländer Deutschlands und die gesamte Weltlage ausüben. Daher sei es Pflicht der lettländischen Regierung, die Verletzung des französisch-deutschen Konflikts durch den Völkerbund energisch zu befürworten und für eine Revision des Versailleser Friedens einzutreten.

So regt sich die Internationale der Arbeit, um die Imperialisten aller Länder zurückzuweisen und einen Wirtschaftsfrieden zu erreichen, der die Möglichkeit der allmählichen Genesung von den Kriegsgreueln gewährleistet.

Meldungen von der Ruhr.

Protokollversammlungen in Holland.

Der Verband der niederländischen Gewerkschaftsvereine hat den Beschluß gefaßt, in ganz Holland Protokollversammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebiets einzubeden. Der Vorstand der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat sich diesem Beschluß zu eigen gemacht und für den 7. Februar in 23 Orten Hollands Protokollversammlungen angekündigt.

Zu Heberzichten bereit.

Die Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für das niederschlesische Steinkohlengebiet hat mit großer Mehrheit beschlossen, zur Abwehr der Folgen der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrreviers das Verfahren von Heberzichten sofort aufzunehmen. Die Vertrauensleute waren der Ueberzeugung, daß alle Versuche, das deutsche Wirtschaftsleben durch Entziehung der Ruhrkohle zu schädigen und den deutschen Widerstand zu brechen, bei den Bergleuten der unbefestigten Bergbaugebiete nur verstärkten Widerstand auslösen können.

Eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Brauns, eröffnete in Münster i. W. am 5. Februar den Provinziallandtag der Provinz Westfalen. In seiner Eröffnungsrede sagte Brauns, die Besetzung des Ruhrgebiets habe sich wie Meltau auf das Wirtschaftsleben dieses hochentwickelten deutschen Industriezentrums gelegt. Nichts als elende Vorkände seien die auf Befehl Poincarés von der Reparationskommission festgestellten angeblichen Verfehlungen Deutschlands. Wenn Poincaré der Welt glauben machen wolle, er wolle nur die Lieferung der Holz- und Kohlenmengen sicherstellen, so sei das eine Verführung schlimmster Art. Wenn Frankreich nur dieses Ziel im Auge habe, dann hätte es nicht die von der deutschen Regierung in Fortsetzung der Raichenaubestimmungen Erfüllungspolitik gemachten Vorschläge und die angeregten Verhandlungen abgelehnt.

Der ganzen Welt müsse angeichts des Verhaltens der Regierung Poincarés klar werden, daß es sich für sie nicht um eine Steigerung der Reparationsleistungen, als vielmehr um die Fortsetzung jener imperialistischen Rheinlandpolitik handle, die darauf gerichtet ist, die Rheinlande mit ihrer ferndeutschen Bevölkerung von Deutschland loszureißen. Neben der militärischen und politischen Hegemonie auf dem europäischen Festland strebe Frankreich jetzt auch die wirtschaftliche an, und dazu brauche es das Ruhrgebiet.

Die Gewaltpolitik des Militarismus könne sich durch mehr oder minder tiefgreifende Störungen unseres Wirtschaftslebens und die infolge davon zweifellos weitergehend geübte Zerstörung der Gesamtmarkt Europas auswirken, aber sie könne nicht positive wirtschaftliche Erfolge von irgendwelcher Erheblichkeit für Frankreich und Belgien selbst erzielen. Es sei ein verbrecherischer Irrwahn, die schaffenden Stände eines Volkes zu drohendsten für ein andres Volk pressen zu wollen. Das Verhalten der Besatzungsbehörden, die Verhaftungen, Ausweisungen, Entschickungen, Aquisitionen und Raubereien zeigen, daß es sich nicht um eine „friedliche Aktion“, sondern um einen brutalen, militärischen Gewaltakt handelt, dem das deutsche Volk, will es nicht zugrunde gehen, einen einmütigen Widerstand entgegen setzen muß.

Eisenbahnunfall des Reichskanzlers.

Reichskanzler Cuno hat eine Reise in das Ruhrgebiet unternommen, um dort auf einem Provinziallandtag eine Rede zu halten. Auf der Reise nach Münster i. W. ist der Eisenzug, in dem sich der Reichskanzler befand, zwischen Hagen und Weisthofen mit einem Güterzug zusammengefahren. Reichskanzler Cuno, der sich im zweiten Wagen befand, blieb unverletzt. Die Gleise sind für einige Stunden gesperrt. Cuno kehrte mit einem Eriatzzug seine Reise nach Münster fort. Der Lokomotivführer ist beim Abpringen auf den Kopf gefallen und hat einige Verletzungen erlitten.

Neue Blutopfer.

Von einem französischen Wachposten in Mainz wurde ein Nachwächter auf einem Kontrollgang erschossen. Ein Arbeiter, der zur Arbeitsstätte nach Hochheim an den Schienen entlanggehen wollte, wurde durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

In einer Wirtschaft in Kastel erichof ein französischer Soldat einen jungen Arbeiter, auf den er „im Scherz“ angelegt haben soll. Der Soldat wurde verhaftet.

Wegen der Entziehung des Bergmanns Wilhelm Hausmann aus Dredrich bei Dortmund hat der Aite Bergarbeiterverband General Degoutte einen scharfen Protest überreicht, in dem er „gegen die Ermordung friedliebender deutscher Bürger durch französische Soldaten“ Einspruch erhebt und „dringend erucht, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihrer Arbeit nachgehen können, ohne befürchten zu müssen, erschossen zu werden“.

Weil sie die Franzosen nicht grüßen.

Der Polizeipräsident von Eisen ist von den Franzosen verhaftet und abgeführt worden, weil er sich weigerte, ein Verbot aufzuheben, das den Polizeibeamten untersagt, die französischen Offiziere zu grüßen. Zwei höhere Polizeioffiziere in Serne sind verhaftet worden, weil sie französische Offiziere nicht grüßen wollten.

Neue Bahnhöfe besetzt.

Im Reichsbahndirektionsbezirk Köln sind über Nacht fast sämtliche Bahnhöfe der französischen und belgischen Zone von Truppen besetzt worden. Eingriffe in den Zugverkehr haben bisher nicht stattgefunden. Die Strecke Koblenz-Brühl ist für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Mit Rücksicht auf den Arbeiterverkehr ist der Betrieb Köln-Nippes noch nicht eingestellt.

Hilferding als Opfer der Repressalienpolitik.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Genosse Hilferding, der dem Sozialistkongreß in Lille beizohnt, wurde aus dem Hotel, in dem er wohnte, ausgewiesen, was eine Gegenmaßnahme gegen die Ausweisungen von Franzosen in München und Berlin darstellen soll. Hilferding wurde von dem französischen sozialistischen Abgeordneten Saint Venant aufgenommen.

Die „Volksstimme“ bleibt verboten.

In Duisburg ist die sozialdemokratische „Volksstimme“ aufs neue verboten worden, nachdem eben erst die erste Verbotsschrift abgelaufen war.

Kohlenzüge nach Holland und der Schweiz.

Anlässlich der Vorstellungen wegen der nach Holland und der Schweiz bestimmten Transporte von Vertragskohle hat die Besatzungsbehörde angeordnet, dass sowohl die holländische wie auch die schweizerische Kohle aus dem Ruhrgebiet hinaus befördert werden dürfen.

Nach einer neuen Verordnung der Besatzungsbehörde sollen nunmehr an den Kontrollstationen auch die Personen- und Schnellzüge in beiden Richtungen anhalten.

Die Einheitsfront.

Einfaltspinsel nehmen an, dass jeder Deutsche dem Einbruch der Franzosen ins Ruhrgebiet so viel Widerstand entgegensetzt, wie in seiner Macht steht.

Ein so großes Heer wie die französische Ruhrarmee braucht nicht nur Geld, sondern Brot und andre Dinge.

Denn es existieren im unbesetzten Deutschland viele Menschen, sämtlich Patrioten, die ihren Lebensaufwand augenblicklich damit bestreiten, dass sie die französische Ruhrarmee mit allem Nötigen versorgen.

Was braucht eine Armee am meisten? Nun: Zigaretten, Fleischwaren, Schnaps. Der Frank steht hoch, die Mark tief.

Genau so ist es mit Nahrungsmitteln. Die französischen Soldaten scheinen eine ergrünte Straße zu besitzen.

Man schon spricht man von Lebensmittelaufläufereien, die von Ort zu Ort herumziehen und Stadt um Stadt, Straße um Straße, Geschäft um Geschäft abwandern.

Das ist die Einheitsfront gegen die Subbesetzung.

Sie amüsieren sich doch.

Wie sich immer mehr herausstellt, schreibt die „Berliner Volkszeitung“, ist die Gerabehung der Polizeistunde leider nicht das geeignete Mittel gewesen, die Schlemmerci gewisser Kreise, die sich nicht langweilen wollen, zu besänftigen.

Die Inhaber dieser Lokale, in denen man allerdings zu geradezu phantastischen Preisen sich während der ganzen Nacht unterhalten kann, haben die raffiniertesten Methoden erdacht.

Wie sich immer mehr herausstellt, schreibt die „Berliner Volkszeitung“, ist die Gerabehung der Polizeistunde leider nicht das geeignete Mittel gewesen, die Schlemmerci gewisser Kreise, die sich nicht langweilen wollen, zu besänftigen.

Die Not der Presse

die mit jedem Tage zunimmt

Wird gemildert

wenn alle Freunde und Genossen ihre Drucksachen im Druckereibetrieb der „Volksstimme“ herstellen lassen!

Daran sollten alle denken

die in gewerkschaftlichen und politischen Arbeiter-Organisationen, in Konsum-Genossenschaften, Krankenklassen, Turn-, Sport-, Geselligkeits-, Bildungs- und Gesang-Vereinen Drucksachen irgend welcher Art zu vergeben haben.

Weiterhin kann die Polizei es auch nicht verbieten, wenn die „Pensionäre“ ihre „Erfrischungen“ nicht auf den Zimmern, sondern in einem gemeinsamen, äußerst behaglichen Raum einzunehmen wünschen.

Die Radikale haben aus den Methoden der Polizei gelernt und sich umgewandelt. Der Hauptgehilfe des Geheimbetriebs ist heute der Chauffeur oder Privatkutscher.

Die Radikale haben aus den Methoden der Polizei gelernt und sich umgewandelt. Der Hauptgehilfe des Geheimbetriebs ist heute der Chauffeur oder Privatkutscher.

Die Radikale haben aus den Methoden der Polizei gelernt und sich umgewandelt. Der Hauptgehilfe des Geheimbetriebs ist heute der Chauffeur oder Privatkutscher.

Die Radikale haben aus den Methoden der Polizei gelernt und sich umgewandelt. Der Hauptgehilfe des Geheimbetriebs ist heute der Chauffeur oder Privatkutscher.

Die Radikale haben aus den Methoden der Polizei gelernt und sich umgewandelt. Der Hauptgehilfe des Geheimbetriebs ist heute der Chauffeur oder Privatkutscher.

Der Dollar steigt wieder.

Der Dollar hatte in der letzten Woche mit einer unüblichen Notierung von fast 50 000 einen neuen Rekord erreicht. Seine Notierung am Wochenende, wo die Devisenbörse wieder abgeklaut war, lag mit 37 250 immer noch um 10 000 Punkte höher als am Ende der vergangenen Woche.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Die Verbraucher spüren in schroff anziehenden Lebensmittelpreisen die wachsende Not. Sie sind es, die mit der Vernichtung ihrer Kaufkraft die Kosten der Ruhrbezüge tragen.

Kleines Feuilleton.

Film- und Kampfpatriotismus.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

Der neue Patriotismus hat nicht allabendlich über den deutschen Boden. Er findet sich nicht nur in der Welt am Montag.

berzahlung nicht gemacht als er. Alle „alten Nagbeutler“ und „Altersbereiter“ müßten sich damals berücken.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

Dieer Kampfbegierde wappengekennzeichnete Gossenditor hat es sich auch diesmal nicht nehmen lassen, seinen kammenden baderländisch-schönen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

lassen auch in Jahre 1922 wieder drei Werke mit Ehrenpreisen ausgezeichnet, und zwar: „Nische“, von Heinrich Hömer, „Nisches Kampf um den Sinn des Lebens“, von Robert Reisinger, „Vom kosmogonischen Erbe“, von Ludwig Klages.

Erwägungen und sonst nichts.

Die sprunghafte Teuerung, die jetzt auf allen Gebieten des Warenmarktes auftritt und deren letzte Ursache die neue durch die Besetzung der Ruhr herbeigeführte Katastrophe der Mark ist, macht Abwehrmaßnahmen der Regierung unbedingt erforderlich. Statt dessen hört man lediglich, daß eine Reihe kleiner Maßnahmen geplant ist, so die Einschränkung des Umfanges im Handel mit Edelmetallen, das Vorgehen gegen den übermäßigen Verbrauch von Lebensmitteln in Zugussgasstätten — von einem ernsthaften Versuch aber, den Keimen der Teuerung entgegenzuwirken, ist wenig zu vernehmen.

Nachdem der frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, im Reichstag auf die Auswüchse der Devisenspekulation hingewiesen hat, verstand sich der Reichsinnenminister Dr. Dezer dazu, weitere Maßnahmen anzufordern. Kaum war das jedoch geschehen, so hallte die gesamte Presse wider von Dementis der verschiedensten Art. Wenn es auch den Anschein hat, daß nach wie vor die Herausgabe von wertbeständigen Anleihen „wohlwollend erwogen“ wird, so gehen die Beratungen dennoch mit einer Langsamkeit vor sich, gegen die die übliche Schnelligkeit des heiligen Bürokratie geradezu ein Sitzgustempo ist. Auch in der Frage der Wucherbekämpfung wird mehr erwogen als gehandelt.

Angesichts dieser Umstände ist es dringend geboten, darauf hinzuweisen, daß der Abwehrkampf gegen die Ruhr-Expropriation nur möglich ist, wenn das ganze Volk in die Lage versetzt wird, ihn zu bestehen. Gegenwärtig aber entwickeln sich die Verhältnisse zu einem glänzenden Geschäft für die Wirtschafter, während die Verbraucher in ungeheuren Preisen bei nur langsam folgenden Löhnen die Kosten dieses Wirtschaftskrieges tragen. Die Regierung muß schleunigst zu Entschlüssen kommen, die den Sturm am Devisenmarkt und die ungeheure Preiswelle einzudämmen geeignet sind. Sie macht sich sonst mitschuldig an der Lähmung der Abwehrkraft unserer Arbeiterschaft!

Fortsetzung der Steuermogelei.

Eine der dringendsten Forderungen einer vernünftigen Finanzpolitik ist die beschleunigte Einziehung der Steuern. Der Gesekentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen sollte durch die Einführung von Verzugszinsen den Steuereingang beschleunigen. In der Praxis aber merkt man von diesen löblichen Absichten des Finanzministeriums einstweilen nichts. Im Gegenteil! Die Steuererklärungen, die früher abgegeben wurden in der Zeit vom 15. Januar bis Mitte Februar, sollen in diesem Jahr im Monat Februar abgegeben werden. Für die Beendigung der Veranlagung ist der Termin vom 31. März auf den 15. Mai hinausgeschoben worden!

Aber auch diese Termine scheinen auf dem Papier stehen zu sollen. Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ sind die Finanzämter angewiesen worden, vorläufig keine Vordrucke für die im Februar vorgeschriebene Vermögens- und Einkommensteuererklärung auszugeben, weil das bald zu erwartende Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in der Steuererhebung in der Abgabe der Steuererklärung berücksichtigt werden soll. Der Zeitpunkt der Herausgabe der Vordrucke werde noch bekanntgegeben. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß als Folge dieser Maßnahme eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung eintreten wird, wenn auch bei den Finanzämtern bisher darüber noch keine Meinungen vorliegen.

Wir verlangen vom Reichsfinanzministerium, daß es sich zu dieser Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“, die durch eine Bekanntmachung der Finanzämter bestätigt wird, sofort äußert. Wenn die Finanzüberhebung der Termine die erste Wirkung des neuen Gesekentwurfes sein soll, so wird wieder eine abschüssige Bahn betreten, auf der es ein Halten nicht mehr gibt. Denn da die Veranlagung des Gesekentwurfes im Reichstag überhaupt noch nicht begonnen hat, ist bei dem Widerstand, den die bürgerlichen Parteien diesem Gesekentwurf bereiten, kaum damit zu rechnen, daß er in absehbarer Zeit verabschiedet wird.

Fragen an die bairische Regierung.

Im Verlauf der Debatte im Bayerischen Landtag über die Verhängung des Belagerungszustandes stellte Vizepräsident Genosse Kuer an die bairische Regierung folgende Fragen:

1. Ist der Minister des Innern gewillt, den Einsatz abzugeben, daß Offiziere und Wachmeister der Landespolizei in öffentlichen Räumen und mit öffentlichen Waffen nationalsozialistischen Sturmtruppleuten im Waffengebrauch Unterricht erteilen?

2. Weiß die Regierung, daß Teilnehmer des nationalsozialistischen Parteitags als Quartier eine Infanterie-Kaserne zur Verfügung gestellt erhielten?

3. Ist der Regierung bekannt, daß bei einzelnen Abteilungen der bewaffneten Macht Bestimmungen vorgenommen wurden, ob sie für den Fall eines Eingreifens gewillt seien, gegen Hitler vorzugehen?

4. Ist der Regierung bekannt, daß der Sturmtruppenführer Kuetze in den letzten Tagen in einer Reichswehrkaserne mit 10 000-Mark-Scheinen um sich geworfen hat und daß dieser Mann ein Spieß der Entente ist, der bereits Waffenlager verraten hat?

Der Minister des Innern Dr. Schwyer erklärte, daß er über die Anfragen Erkundigungen einziehen werde. Die Frage eines Eingreifens gegen die Sturmtruppen werde gegenwärtig von der Staatsanwaltschaft einer Prüfung unterzogen.

Die Erklärungen des bairischen Innenministers können in keiner Weise befriedigen. Zu oft sind von dieser Seite beruhigende Aussagen abgegeben worden, zu oft hat man von dieser Seite die unzulänglichen Pläne der Nationalsozialisten abgelehnt. Die Zustände, wie sie sich aus den Anfragen des Genossen Kuer widerspiegeln, sind seit langer Zeit in ganz Deutschland bekannt. Die bairische Regierung aber sieht sich auch heute noch nicht bemüht, einzugreifen. Sie zieht Erkundigungen ein, läßt prüfen, das heißt, sie verschleppt die skandalöse Angelegenheit weiter, ebenso wie bisher.

Bereinfachte Verbindlichkeitserklärung.

Amtlich wird uns mitgeteilt: Das Gesetz über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen, das am 2. Februar in Kraft getreten ist, bringt eine wesentliche Vereinfachung des bisherigen Verfahrens. Bei Änderungen allgemeiner verbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Teuerungsbekämpfungsmaßnahmen enthalten, kann künftig die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit ohne vorherige Bekanntmachung und Stellung einer Einspruchsfrist erfolgen, wenn der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von sämtlichen Vertragsparteien gestellt, aber gegen den von einzelnen Vertragsparteien gestellten Antrag von den anderen keine Einwendung erhoben wird.

Falls also die Vertragsparteien den Antrag entsprechend vorbereiten und unbenutzlich stellen, werden solche Lohnabkommen künftig schon etwa innerhalb einer Woche nach ihrem Abschluß allgemeinverbindlich sein können. Die Parteien eines Tarifvertrages werden hierdurch guttun. Änderungen von Lohnvereinbarungen aus Anlaß veränderter Teuerungsverhältnisse nicht mit anderen Änderungen des Tarifvertrages in einem gemeinsamen Abkommen zu treffen, sondern über sie eine besondere Vereinbarung abzukließen, die im Wege des vereinfachten Verfahrens beschleunigt für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Ferner ist es zur Beschleunigung des Verfahrens zweckdienlich, wenn die Parteien den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung gemeinsam stellen. Stellt nur eine Vertragspartei den Antrag, so muß sie, um Verzögerungen zu vermeiden, gleichzeitig die schriftliche Erklärung der anderen Parteien beibringen, daß diese gegen den Antrag keine Einwendungen erheben. Kann eine solche Erklärung nicht mit dem Antrag zusammen eingereicht werden, so empfiehlt es sich, sie beschleunigt nachzubringen.

Der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit einer Tarifvereinbarung ist bei der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) in Berlin NW 6, Luisenstraße 32/34, zu stellen. Dem Antrag ist die Urchrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift der Vereinbarung zuzufügen.

Dollar Amtliche Notiz vom Montag 42144 39000 Mark Dienstag mittags circa

Ludendorff in Oesterreich.

Zwischen den bayerischen Rechtskonservativen und den österreichischen bestehen enge Verbindungen, die sich in einer „Waffenbrüderschaft“ ausgedrückt haben. Eine Linnenge von Waffen ist über die bairische Grenze nach Tirol und Salzburg gemandert, Ehrhardt hielt sich im Salzburgerischen auf, seine Leute von der Organisation C. kennen keine Grenze zwischen Bayern und Oesterreich. Enge Verbindung mit Ostbahn-Ungarn wird erstrebt, der ehemalige Münchner Polizeipräsident Köhner half dabei mit falschen Pässen. Der Vererber Deutschlands, der unzeitige Ludendorff, spielt in der bairisch-österreichisch-ungarischen Verschwörerbande eine nicht mehr zweifelhaftige Rolle.

Es braucht man sich nicht zu wundern, wenn Ludendorff auf einer Reise nach Oesterreich von der Arbeiterschaft ein „begeistertes“ Empfang bereitet wurde. In Klagenfurt kam es zu den ersten Kundgebungen gegen ihn. Die Hakenkreuzler gingen dort gegen die Arbeiter mit Schreieisen vor, allerdings ohne sie ernstlich zu gebrauchen. Ludendorff ist am Montag nach Wien weitergereist. Bei der Fahrt ist es auch in Bruck a. d. Mur und in Kagenburg in der Steiermark zu stürmischen Demonstrationen der Arbeiter gegen Ludendorff gekommen, wobei die Arbeiter riefen: „Wo ist der Waffenmörder, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat?“ Es gelang aber den Ordnern, die Abfahrt des Zuges schließlich auf beiden Stationen durchzusetzen. In Kagenburg drangen trotzdem die Arbeiter in den Zug ein und durchsuchten ihn, ohne freilich Ludendorff zu finden, der sich offenbar in einem Koffer versteckt hatte. In Wiener-Neustadt waren die Arbeiter ebenfalls sehr erregt, es gelang jedoch, sie vom Einbringen in den Bahnhof abzuhalten.

Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ soll Ludendorff in Seckendorf, einem Vorort Wiens, aus dem Zuge geholt und an der Weiterreise verhindert worden sein. Angeblich ist er die Nacht über festgehalten worden. Es soll ihm in Aussicht gestellt worden sein, er dürfe nach Deutschland zurückkehren, wenn er in Wien sich nicht aufhalte.

Nach einer Meldung aus Wien ist dort die ausgezeichnete Ordnerorganisation der Arbeiterschaft aufgebieten worden, um alle Ausschreitungen zu verhüten.

Notizen.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. Am 6. Februar aus München gemeldet, daß die durch die Verordnungen des Generalministeriums vom 26. Januar 1923 getroffenen außerordentlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wieder mit dem 6. Februar aufgehoben werden.

Streikbeginn im Saargebiet. Bis zum letzten Augenblick haben die Vertreter der Bergarbeiterverbände des Saarlandes versucht, die Unternehmer zu einem annehmbaren Zugeständnis zu veranlassen. Vergeblich. Am Montag sind daraufhin die Bergarbeiter des Saarreviers in den Streik getreten. Es waren gegen 75 000 Arbeiter in Frage.

Zu früh gemeldetes Attentat. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin dementiert die Meldung von einem Attentat auf den bulgarischen Ministerpräsidenten am 1. Februar. Dagegen wurde am Sonntag den 4. Februar im Nationaltheater in Sofia gegen die Ministerloge, in der der Ministerpräsident mit drei andern Ministern saß, eine Bombe geschleudert. Die Bombe explodierte. Trotzdem blieben sowohl der Ministerpräsident wie die andern Minister völlig unversehrt. Der Täter ist noch nicht verhaftet worden, doch die Polizei ist auf seiner Spur.

Mineralexplosion in Irland. Als in Brandon (Irland) zehn gefangene Luftwaffenangehörige unter Aufsicht von Soldaten eine Steinhöhle besuchten, explodierte plötzlich eine Mine. Drei Gefangene wurden getötet, sieben und zwei Soldaten verwundet.

Depeschen.

Jeber Kohletransport gesperrt.

W. Essen, 6. Februar. Alle Grenzstationen melden, daß die Reparationskommission für Italien, ebenso wie die Vertragskommission für Holland und die Schweiz noch wie vor zurückgehalten wird. Die Durchführung der Nebenprodukte der Kohle, wie Benzin, Teer usw., ebenso wie die Durchführung von leeren Kohlewagen ist gesperrt. Die Kontrolllinie im Siedon und Siedon läuft zurzeit über Bradel-Asperbeck Süd-Vergahusen-Kirchhörde-Lütringhausen-Vorhalle. Der Bahnhof Greide ist seit einigen Tagen wieder frei. Schwerte und Herde sind ebenfalls von Truppen frei. In Asperbeck Süd sind heute vormittag 50 bis 60 Mann französischer Eisenbahner (Soldaten) eingetroffen. Die Strecke Sechtem-Koblenz liegt wieder still, weil das Koblenzer Personal sich weigerte, einen Zug mit Truppen nach Vergahusen-Vorn zu fahren. Die Franzosen führen den Zug selbst nach Reup. Der Bahnhof Webau ist ebenfalls stillgelegt. In Elberfeld-Barmen ist die Lage unbenannt. Gestern nachmittag wurde der Bahnhofsleiter Düpter in Dorsten von den Franzosen verhaftet, weil er sich weigerte, im Stellwerk Arbeiten auszuführen, die von den Franzosen verlangt wurden. In Brackel sind belgische Zollbeamte und belgische Gendarmen eingetroffen. Ferner verlangten hier die Franzosen die Herausgabe von Dienstbüchern, Personalien und Schreibutensilien, die Vermittlung von Telefongesprächen und die Herausgabe der Nationalfahne. Alle Forderungen wurden abgelehnt.

Verhaftung von Telegraphenarbeitern.

W. Essen, 6. Februar. Gestern vormittag wurde der Bautruppführer Wiegan vom Essener Telegraphenamts mit 13 Mann verhaftet. Die Verhafteten hatten Arbeiten an den Telegraphenleitungen der Eisenbahn ausgeführt.

Kein Recht zu Requisitionen.

W. Essen, 6. Februar. Der Regierungspräsident in Düsseldorf teilte dem städtischen Befehlshaber in Essen mit, daß die internationalen Kohlen-Kontrollkommission nach den Bestimmungen der Befehlshaber und ihrer Vertreter eine Zivilbehörde sei, die angeblich lediglich Zivilangelegenheiten zu erledigen habe. Sie sei zu irgendwelchen Requisitionen nicht berechtigt. (Was die Franzosen nicht hindern wird, sie trotzdem vorzunehmen. Red.)

Keine Kasinos.

W. Essen, 6. Februar. Das städtische Befehlshaberamt in Essen lehnte die Forderung der Befehlshaberbehörde auf Errichtung von Offizierskasinos ab.

Gegen die Kaufleute.

W. Essen, 6. Februar. Da die Kaufmannschaft in Witten sich entkloffen weigerte, an die Franzosen Waren zu verkaufen, teilte der französische Kommandant dem deutschen Polizeichef in Witten offiziell mit, daß bei einer weiteren Weigerung die Franzosen die Säden gewalttätig schließen werden.

Beschränkung der Einwanderung.

W. Washington, 6. Februar. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für Einwanderungsfragen billigte das neue Einwanderungsgesetz, welches eine neue, weitgehende Beschränkung der Zahl der in den Vereinigten Staaten zugelassenen Einwanderer vorsieht. Nach den neuen Bestimmungen sollen zwei Prozent statt der bisherigen 3 Prozent von den Angehörigen der verschiedenen in den Vereinigten Staaten vertretenen Nationalitäten zugelassen werden und die Grundlage soll dabei die Volkszählung von 1890 statt von 1910 bilden. Die Einwanderungsbeamten jähren die Zahl der nach dem Gesekentwurf zuzulassenden Deutschen auf jährlich 168 000 statt bisher 338 000.

DUNLOP
Gummibereifung
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Am rechten Fleck
Nigrin-Extra
mit Garantieblatt.

Wir können laufend getragene u. auch nicht mehr gebrauchsfähige Textilien aus Herresbeständen wie Mäntel und Uniformen.

Wilhelm Cornath & Co.

Beinschäden
Salbe
Kirsan
Hof-Apotheke
Bretterweg 158.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

Wohnungstausch

Henschel & Co.
Gussguss-Fabrikation
Kommandit-Gesellschaft
Magdeburg, Lützenburger Str. 11. Tel. 5106

Herstellung von Gußsärgen
in einfacher bis vornehmster Ausführung
nach geschütztem Verfahren. — R. G. W.

Stadtesamts-Verordnungen.
Magdeburg-Stadt.

Todesfälle. 6. Februar. Wirwe Martha Schmidt geb. Weder, 46 J. Witwe Elisabeth Kleber geb. Zimmermann, 57 J. Witwe Auguste Stern geb. Federhoff, 79 J. Witwe geb. Runge, Ehefrau des Oberpostkassiers Gustav Barmann, 46 J. Inval Arbeiter Friedrich Ems, 31 J. Arbeiter August Holz, 64 J. Heimg. d. des Sanftmanns Salentin Krause, 1 J. Karl E. unedel, 73. Schneidermeister. Nisch. Rembel, 85 J.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzsendungen bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Firma Otto Grafen & Co. und seinen wertvollen Kollegen sowie dem Vorstand der Fabrikarbeiter. Verwaltungskasse Magdeburg. Seinen früheren Mitarbeitern der Firma A. G. Hauswaldt & Co. in den Besuchen der Häuser Rollendstraße 3a und 2a und Friedrichstraße 4 und 4a.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Selene Wolfen und Angehörige.

Am Montag den 5. Februar fand nach kurzer Krankheit meine liebe Frau, unsere hochverehrte Mutter
Franz Gertrud Dahms geb. Franke
im Alter von 40 Jahren.
Der Trauerrede leitete
Wilhelm Dahms und Huber.
Beerdigung am Donnerstag nachm. 10
1/2 Uhr auf dem Neudöber Friedhof.

